

P R e s s e

S P i E g e l

Polen - Pressespiegel 45/2025 vom 6.11.2025

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- 26 Anklagen gegen Ziobro und ein Antrag auf seine Verhaftung geht an den Sejm
- Die alten Meister und unsere Lieblingsbücher erklären die Wirklichkeit nicht mehr
- „Die Fortsetzung folgt“. Premierminister Donald Tusk über Abrechnung
- Die Rechte überbietet sich im Radikalismus. Kaczyński wird gegenüber Mentzen vor nichts zurückschrecken
- Die meisten Ausländer bemühen sich, sich in Polen anzupassen
- Wilmesaurisch - Sprache, gegen die ein Veto eingelegt wurde.
„Es ist komisch, Angst vor ein paar Dutzend Menschen zu haben“.
(Ein GESPRÄCH)

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

26 Anklagen gegen Ziobro und ein Antrag auf seine Verhaftung geht an den Sejm



Quelle: [Fot. Grzegorz Celejewski/Agencja Wyborcza.pl](https://fot.grzegorzcelejewski.pl/)

Von **Mariusz Jałoszewski**

Die Nationale Staatsanwaltschaft hat beim Sejm die Aufhebung der Immunität des ehemaligen Justizministers Zbigniew Ziobro beantragt. Sie bittet auch, um die Erlaubnis, ihn zu verhaften. Sie will ihn in einem Fall anklagen, in dem es um die Überweisung von Millionen von Zloty aus dem Justizfonds und den Kauf von Pegasus

Die Staatsanwaltschaft hat am 28. Oktober auf einer Pressekonferenz erklärt, dass sie sich mit dem Antrag auf Aufhebung der Immunität von Ziobro beschäftigen wird. Die Informationen wurden von der Sprecherin der Generalstaatsanwaltschaft, Anna Adamiak, übermittelt. Die Nationale Staatsanwaltschaft hat ebenfalls eine umfassende Mitteilung veröffentlicht.

Dies sind die ersten Strafanzeigen, die Staatsanwaltschaft gegen Ziobro erheben will. Als Justizminister und Generalstaatsanwalt in der PiS-Regierung war er für alles verantwortlich, was in den Gerichten und bei der Staatsanwaltschaft vor sich ging.

Wenn Unregelmäßigkeiten aufgetreten sind, kann er als leitender Angestellter verantwortlich gemacht werden. In diese Richtung zielt unter anderem die Staatsanwaltschaft. Sie wirft Ziobro vor allem die Überschreitung seiner Befugnisse und die Verletzung seiner Amtspflichten gemäß Artikel 231 des Strafgesetzbuchs vor. Aber nicht nur.

Die Staatsanwaltschaft will Ziobro wegen 26 Straftaten anklagen. Dafür braucht sie die Erlaubnis, seine Immunität aufzuheben.

Sie stehen im Zusammenhang mit der Justizfonds-Affäre, die seit Monaten von der Ermittlungsgruppe Nr. 2 der Staatsanwaltschaft intensiv untersucht wird.

In diesem Fall wurden bereits Anklagen vor Gericht erhoben oder Anträge auf Aufhebung der Immunität anderer PiS-Politiker gestellt. Dazu gehören Ziobros ehemalige Stellvertreter: Marcin Romanowski, der sich in Ungarn versteckt, Michał Woś, ein Abgeordneter der PiS, und Dariusz Matecki, der direkt Geld aus dem Justizfonds bekommen hat. Wir werden weiter im Text mehr darüber schreiben.

Als Justizminister war Ziobro für die Aufsicht über den Justizfonds zuständig. Aber er war auch direkt an der Verteilung der Mittel beteiligt. Er wird angeklagt wegen folgender Delikte:

gemeinsam mit dem Abgeordneten **Marcin Romanowski** und den für den Fonds zuständigen Ministerialbeamten in einer organisierten kriminellen Vereinigung gehandelt haben. Das Ziel der Gruppe war es, Millionen von Zloty aus dem Justizfonds zu veruntreuen. Die Gelder gingen nicht an die Opfer von Straftaten, sondern unter anderem an „eigene“ Organisationen, darunter auch solche, die mit der Kirche verbunden sind. Die Staatsanwaltschaft wirft Ziobro vor, die Gruppe gegründet und geleitet zu haben;

- die Überschreitung ihrer Befugnisse und die Nichterfüllung ihrer Pflichten, indem sie den Verantwortlichen des Fonds Anweisungen über die Gewährung von Zuschüssen an bestimmte Einrichtungen erteilten und deren Angebote änderten. Die Zuschüsse aus dem Fonds wurden unter anderem bei einem Treffen in Ziobros Haus in Jeruzal bei Skierniewice besprochen;
- Überschreitung von Befugnissen und Verletzung von Amtspflichten im Zusammenhang mit der Anordnung an den stellvertretenden Justizminister Michał Woś, 25 Mio. PLN an das Zentrale Antikorruptionsbüro [CBA] für den Kauf des Totalüberwachungsgeräts Pegasus überweisen. Die Mittel stammten aus dem Justizfonds, und ihre Überweisung an die CBA wird von der Staatsanwaltschaft als unrechtmäßig bewertet;
- Verletzung seiner Pflichten, indem er den stellvertretenden Justizminister **Marcin Romanowski** in Fragen der Zuschüsse für das Justizinstitut nicht ausgeschlossen hat. Romanowski war als stellvertretender Minister für den Fonds zuständig und gleichzeitig Direktor des Instituts, das Zuschüsse beantragte. Die Staatsanwaltschaft wirft Romanowski außerdem vor, dass er während eines bestimmten Zeitraums nicht befugt war, über die Mittel des Justizfonds zu verfügen, aber dennoch Entscheidungen traf.
- Nichterfüllung seiner Verpflichtungen durch die Genehmigung der Übertragung von 14 Mio. PLN aus dem Fonds für die Renovierung des neuen Sitzes der Staatsanwaltschaft in Warschau. Dies war mit den Zielen des Fonds unvereinbar.
- Die Staatsanwaltschaft will Ziobro auch wegen Pflichtverletzung anklagen, weil er es als Justizminister und Generalstaatsanwalt versäumt hat, auf bestimmte Briefe und Beschwerden zu reagieren, die an ihn gerichtet wurden.

[...]

Die Staatsanwaltschaft stuft diese Handlungen nicht nur als Handlungen nach Artikel 231 ein, sondern auch als Veruntreuung von Geldern aus dem Fonds sowie als Unterschlagung von Dokumenten und Behinderung von Strafverfahren. Die Staatsanwaltschaft geht davon aus, dass Ziobro durch seine Handlungen dem Fonds einen Schaden von mehr als 150 Mio. PLN zugefügt hat.

Staatsanwaltschaft will Ziobro festnehmen und inhaftieren

Die Aufhebung der Immunität von Ziobro durch den Sejm scheint eine ausgemachte Sache zu sein, da die regierende Koalition über eine Mehrheit im Sejm verfügt.

Die Staatsanwaltschaft ist der Ansicht, dass sie über stichhaltige Beweise gegen Ziobro verfügt. Sie beruft sich auf Zeugenaussagen, Dokumente und Analysen von gesicherten elektronischen Medien. Die

Hauptaussage stammt von **Tomasz Mraz**, dem ehemaligen Direktor des Justizfonds. Er hat sich der Zusammenarbeit angeschlossen.

Die Staatsanwaltschaft geht jedoch davon aus, dass die Gefahr besteht, dass Zbigniew Ziobro - jetzt Abgeordneter der PiS – die Ermittlungen durch Kontakte zu anderen Personen behindern kann oder sich im Ausland verstecken.

Dies gilt umso mehr, als er es bisher vermieden hat, vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu Pegasus zu erscheinen. Und es war notwendig, ihn - mit Erlaubnis des Gerichts - vorzuladen. Ziobro spielte auch seine Rolle in der ganzen Affäre herunter und behauptete, dass seine Vertreter für alles verantwortlich seien.

Aus diesem Grund hat die Staatsanwaltschaft zusammen mit einem Antrag auf Aufhebung der Immunität den Sejm um die Erlaubnis ersucht, Ziobro in Polizeigewahrsam zu nehmen und dazu zu bringen, eine Anklage gegen ihn zu erheben, sowie um die Erlaubnis, bei Gericht seine Verhaftung zu beantragen.

Gegen wen wurde die Immunität bereits aufgehoben und wer wurde im Skandal um den Justizfonds angeklagt?

Mitglieder von Ziobros Partei - Solidarna Polska und später Suwerenna Polska - nutzten den Justizfonds, um Millionen von Zloty an verwandte NGOs und kirchliche Organisationen zu überweisen, darunter auch solche, die mit Tadeusz Rydzyk in Verbindung stehen.

Der Fonds diente dazu, die Position der Partei in den Regionen zu stärken, aus denen die wichtigsten Politiker der Partei stammten. Zu diesem Zweck wurden verschiedene Subventionen für den Kauf von z. B. Feuerwehrfahrzeugen oder Ausrüstungen für ländliche Hausfrauenkreise gewährt. Diese wurden dann von Ziobros Leuten feierlich überreicht. Auf diese Weise machten sie einen Wahlkampf für sich.

Mit dem Geld aus dem Fonds wollten sie auch Internetmedien aufbauen, die mit Ziobros Partei verbunden waren, und sogar Radio und Fernsehen. Dariusz Matecki und ein Priester der Profeto-Stiftung spielten dabei eine wichtige Rolle. Bei einem Treffen in seinem Haus in Jeruzal im Jahr 2020 soll Ziobro zum Aufbau seiner Medien überredet worden sein, weil die von Jacek Kurski geführte TVP ein Auftrittsverbot für Politiker der Solidarna Polska verhängte.

An diesem Treffen nahmen auch die stellvertretenden Justizminister **Marcin Romanowski** und **Michał Woś** sowie **Dariusz Matecki** teil, der Portale zur Förderung von Parteipolitikern einrichten sollte.

Bisher hat die Ermittlungsgruppe 2 im Zusammenhang mit der Justizfonds-Affäre Anklagen formuliert gegen:

- **Dariusz Matecki**, der mit richterlicher Genehmigung für fast zwei Monate in Untersuchungshaft genommen wurde. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm fiktive Arbeit für die Staatswälder vor und beschuldigt ihn, einen Wettbewerb - für Zuschüsse aus dem Fonds - durch einen verwandten Verein aus Stettin gewonnen zu haben. Im Thema Staatswälder hat die Staatsanwaltschaft die Anklageschrift an das Gericht weitergeleitet. In Bezug auf den Justizfonds wird mit einer Weiterleitung in den kommenden Tagen gerechnet.
- **Marcin Romanowski**, dessen Immunität vom Sejm aufgehoben worden war, gegen den jedoch keine Anklage erhoben wurde. Dies liegt daran, dass er nach Ungarn geflohen ist, wo ihm politisches Asyl gewährt wurde. Von dort aus greift er die Regierung an. Kürzlich drohte er auf Profil X sogar damit, Journalisten, die über die Abrechnung der PiS schreiben, zur Rechenschaft zu ziehen. Die Staatsanwaltschaft will gegen ihn mehr als ein Dutzend Anklagen im Zusammenhang mit der Verteilung von Geldern aus dem Justizfonds erheben. Die Staatsanwaltschaft beziffert den Schaden auf mehr als 110 Millionen Zloty und hält einige der Wettbewerbe für manipuliert.

- **Michał Woś**, gegen den die Staatsanwaltschaft vor einigen Tagen eine Anklage bei Gericht eingereicht hat. Es geht um die Überweisung von 25 Mio. PLN aus dem Justizfonds an die CBA für den Kauf von Pegasus.
- Priester **Michael O.** der mit der Profeto-Stiftung verbunden ist, und fünf für den Justizfonds zuständige Beamte des Justizministeriums.

Diese Vorwürfe stehen im Zusammenhang mit der Verteilung von Zuschüssen. Vor allem mit dem Zuschuss für den Bau eines großen Zentrums in Warschau, das ein Medienzentrum werden sollte. So etwas wie die Medien von Tadeusz Rydzyk, zu denen die Leute von Ziobros Partei Zugang haben sollten. Die Stiftung erhielt dafür 43 Millionen PLN aus dem Fonds, und der Wettbewerb um den Zuschuss war nach Ansicht der Staatsanwaltschaft manipuliert.

Die Subvention wurde später auf fast 100 Millionen PLN erhöht. Auch in diesem Fall wurde unter anderem gegen den Priester Haftbefehl erlassen. Eine Anklageschrift wurde ebenfalls an das Gericht gesandt. Der Prozess wird voraussichtlich in Kürze beginnen.

Zsfg.: JP

<https://oko.press/26-zarzutow-dla-ziobry-i-wniosek-o-jego-aresztowanie-trafil-do-sejmu>



Es ist egal, ob es vegan ist. Gift ist Gift!

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:
<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

Die alten Meister und unsere Lieblingsbücher erklären die Wirklichkeit nicht mehr



Quelle: Fot. Wagner Santos de Almeida/Shutterstock

Von **Leszek Jażdżewski**

Es ist schwer, sich damit abzufinden, dass die Welt unserer naiven Sünden und Jugendirrtümer vor unseren Augen aufhört zu existieren. Die stabile Welt geopolitischer Gewissheiten und ideologischer Wahrheiten geht unweigerlich in die Vergangenheit über. Das Alte ist noch nicht ganz tot, das Neue wird unter Schmerzen vor unseren Augen geboren.

Die Ordnung, die während des Kalten Krieges entstanden ist, in der die USA die Rolle des globalen Hegemons spielten, geht vor unseren Augen zu Ende. Russland versucht unter der Führung Putins seit Langem, zunächst rhetorisch, seit über einem Jahrzehnt auch militärisch, sie zu revidieren. Dank des heldenhaften Widerstands der Ukrainer sind die Ambitionen des Kremls an den Grenzen Europas gestoppt worden. Leider für Polen befinden wir uns genau dort.

China, ein Land, das seine wirtschaftliche Macht auf dem naiven Glauben an eine Demokratisierung durch amerikanische und europäische Investitionen aufgebaut hat, verfolgt ein weitaus raffinierteres und langfristigeres Spiel. Das Reich der Mitte wird nicht nur zu einem regionalen, sondern zu einer globalen technologischen Führungsmacht und nimmt eine dominierende Stellung in den Staaten des sogenannten Globalen Südens ein (da der Begriff „Dritte Welt“ heute abwertend klingt).

Die Vereinigten Staaten, das Land, das theoretisch am meisten daran interessiert sein sollte, seine hegemoniale Position zu bewahren, haben selbst beschlossen, den Prozess der Schwächung ihrer eigenen Stellung zu beschleunigen, durch Konflikte mit Verbündeten, Abkommen mit Feinden und die Konzentration der amerikanischen Macht nicht auf den Aufbau dauerhafter Bindungen, sondern auf das Erzwingen von Zugeständnissen.

Michail Gorbatschow begann vor vierzig Jahren, das sowjetische Imperium zu demontieren, im Glauben, es zu reformieren. Heute beschleunigt Donald Trump den Zerfall des amerikanischen Imperiums, im Glauben, es zu heilen. Oder vielmehr, er prahlt damit, denn was der Präsident der USA wirklich denkt, lässt sich schwer sagen. Trump ist kein Mensch, der sich übermäßig mit Reflexionen aufhält. Doch er hat ein ausgezeichnetes Gespür für die eigenen Interessen und ist zugleich ein Genie der Kommunikation. Er hat die Monetarisierung und Ausnutzung unserer Aufmerksamkeit zur Perfektion gebracht.

Mit der Schwächung der geopolitischen, wirtschaftlichen und demografischen Position jener Länder, die man bis vor Kurzem noch kollektiv als „den Westen“ bezeichnete, schwindet auch ihre Fähigkeit, die internationale Ordnung zu gestalten. Den europäischen Regierungen bleibt nur eine mehr oder weniger koordinierte Reaktion auf unkontrollierte Migration, Krisen und Kriege.

Die Europäische Union und die schlafenden Dämonen

In einer Welt wachsender Unsicherheiten und Risiken erscheint die Europäische Union als eine Oase der Ruhe und der Zusammenarbeit. Trotz aller, teils berechtigter, oft überzogener Kritik, funktioniert ein zentrales Element unserer Gemeinschaft nach wie vor: Der Mechanismus, der die erbarmungslose zwischenstaatliche Rivalität ersetzt hat, ist (wenn auch manchmal ebenso erbarmungslos) die Zusammenarbeit.

Der komplizierte und langwierige Entscheidungsprozess, auch wenn er nicht optimal an die Realitäten einer Union von siebenundzwanzig Ländern angepasst ist, sorgt dafür, dass die Staaten letztlich eine nicht-antagonistische Logik akzeptieren, durch die ihre Sicherheit und ihr Wohlstand im Vergleich zu einem alternativen Szenario wachsen, in dem die EU nicht existiert oder sich auf eine reine Freihandelszone beschränkt.

Es besteht das Risiko, dass die Union, in der die antieuropäische Haltung wächst und sie gleichzeitig äußerem Druck ausgesetzt ist, sowohl aus Moskau als auch aus Washington, schwächer wird und zerfällt, sodass sie auf auftauchende Bedrohungen auf andere Weise reagiert.

Der amerikanische Sicherheitsschirm schützte die Europäer nicht nur vor der Sowjetunion, sondern auch vor sich selbst. Diese aggressiven Deutschen hatten innerhalb von zwanzig Jahren zweimal Kriege entfacht, die den Kontinent zerstörten. Heute erscheint ein ähnliches Szenario unwahrscheinlich, doch angesichts der Aufrüstung, die angesichts der wachsenden Bedrohung durch Russland und des nachlassenden Engagements der USA nötig ist, könnten die schlafenden Dämonen wieder erwachen.

Hyperindividualismus und Cancel Culture

Die externe Bedrohung ist bis zu einem gewissen Grad vertraut. Das aggressive Russland, die sich verteidigende Ukraine, die knapper werdende Zeit für Europas Aufrüstung, bevor der Sand in der Sanduhr der amerikanischen Garantien durchgelaufen ist. Doch es fehlt völlig an Strategien, wie man mit dem Naheliegenden umgehen soll, mit dem, was man nicht einfach auf Demografie oder globale Trends abschieben kann.

Unsere Vorstellungskraft nährt sich weiterhin von Begriffen aus der Zeit des Kalten Krieges und dem langen Schatten, den diese Epoche auf die folgende geworfen hat. Von binären Logiken. Vom Konflikt zwischen Gut und Böse. Von Ideologien, die Politik antreiben. Von klaren Entscheidungen, diktiert durch bedeutende

Bücher: Marx' „Das Kapital“, Hayeks „Der Weg zur Knechtschaft“. Was wir seit der Krise von 2007/08 als westliche Werte bezeichnen, funktioniert in den Ländern, die sie angeblich verkörpern, immer weniger, ganz zu schweigen vom Rest der Welt, wo der Westen eher mit Unterwerfung als mit Befreiung identifiziert wird.

Die Ideologie des extremen Hyperindividualismus beginnt sich ebenfalls selbst aufzufressen, einerseits durch die wirtschaftliche Privatisierung der Gewinne und die Vergesellschaftung der Kosten, andererseits durch Cancel Culture und die Ideologisierung jeder Facette der Realität im Namen vermeintlicher, zunehmend absurder Emanzipationsziele. Es entsteht eine neue Form von Gemeinschaft, die auf Ausschluss basiert. Man kann dies als Triumph von Xenophobie und Engstirnigkeit sehen, oder aber auch als Ausdruck des Bedürfnisses, etwas aufzubauen, das über das Konglomerat individueller Identitäten hinausgeht.

Auch die Dominanz traditioneller Kontrollzentren über Kommunikationsmittel, die Verteilung von Prestige und politische Macht geht zu Ende. Die Mobilisierung gegen die Eliten ist heute die wirksamste Waffe im Arsenal selbsternannter Volkstribune, die zugleich tatsächlicher Teil und Produkt der Elite sind. Und manchmal schlicht ein Salon der Ausgestoßenen. Kinder des Ressentiments.

Wenn wir uns über die Geschwindigkeit wundern, mit der extreme Bewegungen in aufeinanderfolgenden Ländern die Agenda übernehmen, Länder, die in Bezug auf das BIP zur absoluten weltweiten Spitze gehören und bis vor Kurzem Oasen der Stabilität im Vergleich zum Rest der Welt waren, sind wir wie Kanufahrer, die stromaufwärts paddeln und überrascht sind über das Tempo, mit dem die Mannschaft stromabwärts rudert. In allen Bereichen, die heute die sozialen Trends bestimmen, sind sie weit voraus gegenüber denen, die sich selbst für die Avantgarde des Fortschritts halten.

Nostalgie ist eine gewaltige Kraft

Die grundlegende Frage lautet, kann man die grundlegenden humanistischen Werte, die platonische Wahrheit, das Gute und das Schöne verteidigen und zugleich die bürgerlichen Freiheiten bewahren in einer Welt, die sich in jeder Hinsicht in die entgegengesetzte Richtung entwickelt? Sind wir dazu verdammt, langsam auf den Barrikaden dahinzusiechen, während wir einen unmöglich aufrechtzuerhaltenden Status quo verteidigen? Oder ist eine Synthese möglich zwischen dem, was das Leben wertvoll macht in der Post-Kalter Kriege-Welt, und dem, was gerade vor unseren Augen als Keim eines neuen Ordnungssystems entsteht?

Dies erfordert vor allem eine treffende Analyse der Lage. Gleichzeitig ist die Nostalgie eine gewaltige Kraft. Sie treibt die Trump-Bewegung „Make America Great Again“ an und den Brexit-Traum von einem alten, guten, fröhlichen England mit seinem mächtigen Imperium. Sie treibt Putins Armee voran, nur ein Schatten der Roten Armee, die einst die Wehrmacht besiegte. Und sie nährt die Epigonen der „verfeimten Soldaten“, die sich einbilden, einen ungleichen Kampf gegen eine imaginierte allmächtige Verschwörung gegen Polen zu führen, während sie in Wirklichkeit nur gegen die Vernunft kämpfen. Weder unsere selbsternannten noch die echten afghanischen Taliban vermögen den Dschinn gesellschaftlicher Veränderungen, weder mit Zaubersprüchen noch mit Anschlägen, wieder in die Flasche zu zwingen.

Aber nicht nur Reaktionäre leben in einer erfundenen Vergangenheit. Auch Fortschrittliche, an den Idealen ihrer Jugend festhaltend, trennen sich nur mit ebenso großer, wenn nicht größerer Schwierigkeit von der abgenutzten mentalen Landkarte. Für sie geht es dabei nicht einmal so sehr um die Wahrheit oder deren Fehlen, sondern um eine fundamentale moralische Frage. „Bleib treu, geh voran“, sagte der Dichter. Und so stürmen Generationen von Don Quichotes ihm folgend immer neue Windmühlen. In ihrer Vorstellung sind sie nach wie vor edle Revolutionäre, doch in der Konfrontation mit der Realität erweisen sie sich als verlorene Relikte der vorherigen Epoche.

Die Zeit des Ausziehens aus dem Elternhaus der bequemen Begriffe ist schwer und voller Unannehmlichkeiten. Es fällt schwer zu akzeptieren, dass die Welt, die wir mit solcher Leidenschaft

entdeckt haben, in der wir alle naiven Sünden und Fehler unserer Jugend begangen haben, die Welt unseres, mangels eines besseren Wortes, Reifungsprozesses, vor unseren Augen aufhört zu existieren.

Die alten Meister erklären die Realität nicht mehr. Lieblingsbücher bieten Eskapismus-Vergnügen, aber nicht die Aufregung neuer Entdeckungen. In den Stimmen ehemals naher Bekannter klingt die Bitterkeit der Zeit nach, in der auf mühseligen Aufstieg das unvermeidliche und immer schnellere Hinabsteigen folgt.

Wenn man nichts zu verlieren hat

Es wäre naiv zu erwarten, dass ein neuer Messias oder Prophet auftaucht, der einfache Antworten auf komplexe Fragen liefert. Fast sicher wäre es wieder ein Scharlatan. Wenn man nichts zu verlieren hat, entsteht - oft verzweifelter - Mut. Abseits der ausgetretenen Pfade zu suchen, wo nur revisionistische oder gar ketzerische Ansichten verkündet werden.

Mutiges Denken und realistisches Handeln erscheinen vielleicht als sehr bescheidene Strategie für Zeiten der Unsicherheit. Doch ergänzt man sie um den Willen zum Kampf und den Wunsch zu siegen, kann daraus mehr werden.

Soll das unser Maximalplan werden.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/magazyn/7.124059.32348478.wspoltworca-igrzysk-wolnosci-kiedy-nie-ma-nic-do-stracenia.html#s=S.index-K.C-B.1-L.9.duzy>

„Die Fortsetzung folgt“. Premierminister Donald Tusk über Abrechnung



Quelle: [Zbyszek Kaczmarek](#) *Agencja FORUM*

Von **Marta Stępień**

„Die Hexen sind eine Tatsache, und die Politiker der PiS haben Polen in diesen acht Jahren schamlos und ohne jede Zurückhaltung bestohlen, und was diese Abrechnung so schwierig macht, ist, dass sie es auf eine sehr gerissene Weise getan haben“, sagte Ministerpräsident Donald Tusk. Er wies darauf hin, dass die Abrechnung mit der Vorgängerregierung fortgesetzt wird. „Die Fortsetzung folgt“, erklärte der Regierungschef.

Kurz und bündig

Premierminister Donald Tusk kündigte weitere Abrechnungen mit der PiS-Regierung an. „Die Fortsetzung folgt“, erklärte er.

- Der Regierungschef verwies auf das Justizsystem und sagte: „Was die PiS übrig gelassen hat, ist verbrannte Erde“.
- Tusk ging auch auf die Affäre um das Grundstück am Zentralflughafen ein. Wie er sagte, habe Andrzej Duda „Morawiecki und Kaczynski bewusst Zeit gegeben, um verschiedene Geschäfte abzuschließen“.
- Der **Premierminister Donald Tusk** wurde auf TVP Info nach der weiteren **Abrechnungen mit Politikern der PiS** gefragt. Der Regierungschef erklärte, er werde sich nicht zu einer „Hexenjagd“ überreden lassen.

„Aber **Hexen sind eine Tatsache**, und die PiS-Politiker haben Polen in diesen acht Jahren schamlos und hemmungslos bestohlen, und was diese Abrechnungen so schwierig macht, ist, dass sie es auf sehr

geschickte Weise getan haben, denn, wie Minister Marcin Horala zu sagen pflegte **im Einklang mit den Verfahren**„, sagte der Premierminister.

Donald Tusk ist fest entschlossen, die PiS zur Rechenschaft zu ziehen. „Die Fortsetzung folgt“.

„Wir stoßen auf die Art von Dingen, die entweder im Einklang mit den Verfahren standen und daher für die Strafverfolgung sehr schwierig waren, bis hin zu solch gewöhnlichem Diebstahl und Missbrauch“, sagte Tusk. „Ja, Die Fortsetzung folgt“, betonte er.

Nach Ansicht des Premierministers hat Justizminister **Waldemar Żurek** „ein Temperament, das es ihm erlaubt, Hindernisse nicht zu beachten“.

„Als ich beschloss, **Adam Bodnar** als Justizminister zu betrauen, wusste ich, was ich tat. Er war ein großartiger Minister, mit einem etwas anderen Temperament, mit anderen Prioritäten. Er glaubte fest daran, und das hatte mit den Präsidentschaftswahlen zu tun, dass ein Wechsel im Präsidentenpalast es ermöglichen würde, den Sinn für Anstand und Gerechtigkeit, die Rechtsnormen, grundlegend zu reformieren und systematisch wiederherzustellen“, bewertete er.

Wie er sagte, hat Bodnar **„die Natur eines Heilers, nicht eines Verfolgers“**. „Heute brauchen wir jemanden wie Minister Żurek mit dem Temperament eines entschlossenen Mannes, der **zu allem bereit ist**, um diejenigen zu fassen, die gestohlen oder andere schlimme Dinge getan haben“, betonte Tusk.

„Die Abrechnung ist kein einfacher Prozess. Ich will und werde keine Ausflüchte machen, aber was sie hinterlassen haben, vor allem im Justizsystem, ist **verbrannte Erde**. Das sind die zerstörten Grundlagen der Rechtsstaatlichkeit. Das ist eine Staatsanwaltschaft, in der viele Leute immer noch denken: Wir werden diesen Tusk abwarten und zu jener goldenen Zeit zurückkehren, als die CBA, die Staatsanwaltschaft, das Justizministerium und der Justizfonds den politischen Interessen der PiS und den dunklen Interessen der PiS-Politiker dienten“, sagte der Premierminister.

„Es ist nicht einfach, denn Minister Żurek oder Minister Bodnar heißt nicht Ziobro, und ich heiße nicht Kaczynski. Es geht **nicht um Vergeltung oder Rache, ich bin nicht rachsüchtig**. Es geht darum, dafür zu sorgen, dass die Gerechtigkeit wirklich siegt und dass wir diejenigen, die Böses getan haben, im Einklang mit dem Gesetz und nicht mit meinen Gefühlen erwischen“, betonte Tusk.

Er erklärte, dass er „wusste, wofür er sich entschied“. „Ich bin nicht hier, um mein Schicksal zu beklagen. Ich zahle einen Preis, meine Familie zahlt einen Preis - das tut mir natürlich weh“, fügte er hinzu.

Skandal um Grundstück am Zentralen Kommunikationshafen. Donald Tusk: Es stinkt überall

Der Premierminister wurde auch zu der **Affäre um das Grundstück an dem zentralen Kommunikationshafen [CPK] befragt**. „Dafür bin ich nicht zuständig, dafür ist die Staatsanwaltschaft zuständig“, antwortete Tusk.

„Bei dem CPK, diesen Grundstücken, wenn wir diese zwei Wochen beschreiben würden, Tag für Tag, welche Entscheidungen von **Mateusz Morawiecki** selbst und den Ministern getroffen wurden, dann stinkt es überall. Das Problem ist, dass es nicht einfach ist, einen Betrug nachzuweisen. Es handelt sich nicht um eine politische Entscheidung“, sagte der Regierungschef.

Auf die Frage, warum die Ermittlungen in diesem Fall erst jetzt eingeleitet wurden, sagte der Premierminister, dass „die Staatsanwaltschaft in ihrem eigenen Tempo arbeitet“. Wie er hinzufügte, gibt es in der Staatsanwaltschaft **„manchmal offensichtlich Sabotage“**. Die Staatsanwaltschaft sei von der Ideologie Ziobros durchdrungen, und nicht alle Staatsanwälte seien so an der Aufklärung dieser Fälle beteiligt, wie sie es sein sollten, bewertete Tusk.

„Diejenigen, die für den CPK verantwortlich sind, seit ich Premierminister bin, mussten ein **Audit** durchführen, weil nichts über CPK bekannt war, was legal, dumm und zu teuer war. Es wurde viel Geld ausgegeben, und zwar für die Werbung“, sagte der Premierminister. „Es stellte sich heraus, dass es an der Basis Korruption gab“, fügte er hinzu.

„Präsident **Andrzej Duda** hat Morawiecki und Kaczynski absichtlich zwei Wochen Zeit gegeben, um **verschiedene Geschäfte zu erledigen**. Ob es sich dabei um ein Verbrechen handelt, muss die Staatsanwaltschaft klären“, betonte Tusk.

Nach Erkenntnissen von Wirtualna Polska gab das Landwirtschaftsministerium kurz vor dem Ende der PiS-Regierung seine Zustimmung zum Verkauf eines 160 Hektar großen **Grundstücks** an Piotr Wielgomas, den Vizepräsidenten des Unternehmens Dawtona, durch das die Hochgeschwindigkeitsstrecke von Warschau zum Flughafen CPK führen soll.

Nach Angaben von Wirtualna Polska wurde das Unternehmen Dawtona im Jahr 2023, aber noch vor der Transaktion, vom damaligen Landwirtschaftsminister **Robert Telus** besucht. Letztendlich wurde die Verkaufstransaktion in Höhe von 22,8 Mio. PLN am 1. Dezember 2023, kurz vor dem Ende der PiS-Regierung, abgeschlossen.

Zsfg.: JP

<https://wydarzenia.interia.pl/kraj/news-ciag-dalszy-nastapi-premier-donald-tusk-o-rozliczeniach,nld.22449401>

Die Rechte überbietet sich im Radikalismus. Kaczyński wird gegenüber Mentzen vor nichts zurückschrecken



Quelle: [AGENCJA wyborcza.pl](https://www.wyborcza.pl)

Von **Bartosz T. Wieliński**

Ein brudermörderischer und blutiger Krieg innerhalb der Rechten scheint unvermeidlich. Für die Demokraten ist das eine Chance, ihre eigene Erzählung durchzusetzen. Doch für Polen ist das sich Überbieten im Radikalismus der Rechten keine wirklich gute Nachricht.

Der Programmparteitag der PiS in Katowice bestätigte die These, dass Jarosław Kaczyńskis Partei einem Auto gleicht, das nur mit einem Gaspedal ausgestattet ist. Selbst unter den Anhängern der PiS war zu hören, Kaczyński hätte lieber das Lenkrad benutzen, die Route ändern, andere Themen besetzen und andere Leute an die Front schicken sollen. Ein Kurswechsel, um im Straßenbild zu bleiben, hätte bedeutet, in die Zeit zurückzukehren, als die PiS erst auf dem Weg zur Macht war und soziale Programme präsentierte.

Ich weiß nicht, ob die vor dem Parteitag ins Spiel gebrachte großzügige Prämie für das dritte Kind und der damit verbundene Wohnungsbonus die Wähler ebenso überzeugt hätten wie vor zehn Jahren das „500 plus“-Programm, aber sie hätten die Debatte über den Kampf gegen die demografische Krise sicherlich wieder auf die in früheren Wahlkämpfen bewährten Gleise gebracht. Und dann wäre es die PiS gewesen, die die politische Erzählung bestimmt.

Auf dem Parteitag zeigte sich jedoch, dass Kaczyński nicht die Absicht hat, den vor Jahren eingeschlagenen Kurs zu korrigieren, er will ihn lediglich beschleunigen. Auch diese Taktik kennen wir seit Langem. Wir erinnern uns, wie Kaczyński in Momenten, in denen der Konflikt mit der Europäischen Kommission wegen der Zerstörung des Justizsystems eskalierte, den Streit nur noch weiter anheizte. Indem er die Spaltung vertiefte, schreckte er vor nichts zurück.

Im Wahlkampf 2023 spannte die PiS den gesamten Staatsapparat ein, und Mariusz Błaszczak veröffentlichte Auszüge streng geheimer Einsatzpläne der polnischen Armee für den Fall einer russischen Invasion. Für den Staat waren die Folgen dieser Manöver verheerend. Einerseits für die EU wegen der Bedenken um die Unabhängigkeit der polnischen Justiz Milliarden Euro aus dem nationalen Wiederaufbauplan (KPO) ein, andererseits verlor Polen seine Glaubwürdigkeit innerhalb der NATO...

Auch jetzt tritt Kaczyński wieder aufs Gas. Es soll werden wie in den acht Jahren der PiS-Regierungen, nur noch schärfer. Vom Parteitag werden uns die Tiraden von Julia Przyłębska, der Verantwortlichen für die Zerstörung des Verfassungsgerichts, über eine neue Verfassung in Erinnerung bleiben, ebenso wie die Pläne zur Reform der öffentlichen Medien, die vom obersten PiS-Propagandisten Jacek Kurski entworfen wurden.

Michał Woś, der in der Pegasus-Affäre angeklagt ist (ihm drohen bis zu zehn Jahre Haft wegen Amtsmissbrauchs), kündigte den Richtern an, dass nach einer Rückkehr der PiS an die Macht „alle rausfliegen“ werden, obwohl ihm bewusst ist, dass die PiS dafür „von der EU angegriffen“ werden wird.

Kaczyński selbst übertraf sich in seiner Rede einmal mehr, als er vor der Europäischen Union, Deutschland und Frankreich warnte, die angeblich „den Polen ihren Staat wegnehmen“ wollen.

Die bayerische Taktik Jarosław Kaczyńskis

Angesichts von Kaczyńskis tief verwurzelten antideutschen Phobien mag es paradox klingen, doch der PiS-Vorsitzende bediente sich über Jahre hinweg der Taktik von Franz Josef Strauß, dem langjährigen Führer der bayerischen CSU und Ministerpräsidenten des Freistaats. „Rechts von uns ist nur die Wand“, pflegte Strauß in den 1980er Jahren zu sagen und erklärte, er werde keine Konkurrenz rechts von der Union dulden; die Christsozialen müssten selbst die Bedürfnisse der radikaleren Wähler befriedigen.

Diese Kunst gelang Kaczyński im Grunde bis 2025. Doch inzwischen ist ihm auf der rechten Seite ernsthafte Konkurrenz erwachsen, in Gestalt der Parteien von Sławomir Mentzen und Grzegorz Braun. Um seine Rivalen zu bekämpfen, greift Kaczyński nun wieder zu den alten bayerischen Methoden: Er greift zu den Parolen der rechten Radikalen, zu anti-europäischer und anti-ukrainischer Rhetorik und verschärft Ton und Botschaft.

Mentzen und Braun haben nicht vor, tatenlos zuzusehen, wie Kaczyński ihnen die Wähler abnimmt. Während die PiS-Politiker in Katowice über die Zukunft diskutierten, starteten die Konföderation und Korona in den sozialen Netzwerken einen gnadenlosen Angriff auf sie. Betrachtet man die Analysen der Online-Aktivität, die wegen der mutmaßlich hohen Zahl an Bots natürlich die tatsächlichen Stimmungen nicht vollständig widerspiegeln, hat Kaczyński dieses Duell bereits verloren. Und das sind erst die ersten Gefechte im Krieg innerhalb der Rechten.

Kaczyńskis Krieg mit Mentzen bis zu den nächsten Wahlen

Die Vereinigung der polnischen Rechten durch Kaczyński verschaffte der PiS acht Jahre unangefochtener Herrschaft. Weder war die PiS ein monolithischer Block, noch verlief die Zusammenarbeit mit den später von ihr verschlungenen Satellitenparteien, Solidarna Polska und Porozumienie von Jarosław Gowin, reibungslos. Kaczyński verstand es jedoch, dieses Gefüge fest in der Hand zu halten und Krisen zu entschärfen.

Er wusste, dass die Wähler Einheit belohnen und misstrauisch auf eine zerstrittene Regierung blicken, was man heute deutlich an den Umfragewerten der Regierung der „Koalition des 15. Oktober“ sieht. Die PiS verstand es, dieses Motiv auszuspielen. Aus den Zeiten, als Jacek Kurski das staatliche Fernsehen TVP

leitete, erinnere ich mich an die ständig wiederholten Parolen in den propagandistischen „Nachrichten“: „Die Opposition ist gespalten.“ Schließlich folgen die Menschen den Starken.

Alles deutet darauf hin, dass der Krieg mit Mentzen bis zu den nächsten Wahlen andauern wird. Er wird blutig sein. Denn ich habe keinen Zweifel daran, dass Kaczyński, um seine dominierende Stellung zurückzugewinnen und Mentzen die Bedingungen einer möglichen Koalition diktieren zu können, vor nichts zurückschrecken wird. Eine Prämie für Einheit wird es nicht geben. Auch werden gemäßigte PiS-Wähler die eindeutig extrem rechte, anti-europäische Sprache Kaczyńskis nicht akzeptieren.

Zumal sich die internationale Lage zunehmend verkompliziert, die Glaubwürdigkeit der unter Donald Trump regierten USA schwindet und die Stärkung der Europäischen Union zu einer polnischen Staatsräson wird. Viele werden zudem vom politischen Programm der PiS enttäuscht sein, das sich im Grunde nur auf eine geradezu bolschewistische Rache an politischen Gegnern reduziert.

In diesem Wahlkampf wird es keine politischen Tabus mehr geben

Wo zwei sich streiten, freut sich der Dritte. Indem Kaczyński gegen seine Konkurrenten kämpft, wird er den Demokraten zahlreiche Gelegenheiten bieten, ein positives und ambitioniertes Programm für die Entwicklung Polens als wichtiges Mitglied der Europäischen Union zu formulieren. Betrachtet man, wie vor unseren Augen die Kirche des Zentralen Flughafens zerfällt, in den letzten Tagen der PiS-Regierung wurde ein Schlüsselgrundstück verkauft, auf dem der große Flughafen entstehen sollte, könnten die Demokraten sich von den der PiS aufgezwungenen Dogmen befreien und ihre eigene Erzählung entwickeln.

Die Frage bleibt, ob sie diese Chance nutzen werden. Ob die Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen und das drohende Comeback von Ziobro, Kurski und Przyłębska sie dazu bringen wird, ihre Streitigkeiten beizulegen und zur Arbeit zu bewegen. Eine zweite Chance wird es nicht mehr geben.

Die Selbstzerfleischung der Rechten ist jedoch eine schlechte Nachricht für Polen. Früher oder später wird das Schlagwort „Polexit“ auf der Agenda der PiS auftauchen. Erste PiS-Abgeordnete behaupten bereits, dass sie bei einem heutigen EU-Beitrittsreferendum für die „Souveränität“ stimmen würden, also gegen die Union. Angesichts des konfrontativen Kurses von Präsident Karol Nawrocki und seiner aus der PiS stammenden Minister gegenüber der Ukraine ist zu erwarten, dass bald auch die Forderung aufkommen wird, die Unterstützung dieses Landes im Kampf gegen Russland zu beenden.

Die Propaganda gegen Minderheiten und gegen in Polen lebende Ausländer, die die PiS ohne jede Kontrolle ins Land gebracht hat, wird sich nur noch verschärfen. Weitere Tabus werden gebrochen, weitere Grenzen überschritten.

Und in diesem brodelnden Topf wird Russland mitmischen.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75968,32361619,prawica-licytuje-sie-na-radykalizm-kaczynski-wobec-mentzena.html#s=S.opinion-K.P-B.1-L.1.zw>

Die meisten Ausländer bemühen sich, sich in Polen anzupassen



Quelle: kulturaliberalna.pl

Interview mit Prof. Aleksandra Grzymała-Kazłowska. Sie ist Professorin an der Fakultät für Soziologie und Forscherin am Zentrum für Migrationsforschung der Universität Warschau. Sie spezialisiert sich auf die Untersuchung von Anpassungs- und Integrationsprozessen von Migranten, kulturellen Bildern, ethnischen Beziehungen und Einstellungen sowie auf zeitgenössische Veränderungen von Identität und Ethnizität.

Ida Zając: Ist die Integration von Ausländern ein polnisches Problem?

Aleksandra Grzymała-Kazłowska: Die meisten Ausländer, die nach Polen kommen, bemühen sich, sich hier irgendwie anzupassen, sich in der neuen Realität zurechtzufinden und in beruflichen, sozialen und nachbarschaftlichen Bereichen zu funktionieren.

Bis vor Kurzem konzentrierten sich die europäischen Staaten, insbesondere die westlichen, darauf, die Integration von Ausländern zu fördern, also sie durch rechtliche Regelungen und verschiedene Praktiken in die lokalen Gemeinschaften einzubeziehen, jedoch unter Achtung ihrer kulturellen Unterschiede. Und es schien, dass das Integrationsparadigma nicht infrage gestellt werden könne.

Doch die Realität verändert sich jetzt. Polen, ähnlich wie der Rest Europas, beginnt sich gegenüber Zuwanderung von außerhalb des Kontinents abzuschotten. Migranten werden zunehmend als vorübergehende Arbeitskräfte betrachtet, die sich hier nicht dauerhaft niederlassen sollten. Auch das assimilitative Vorgehen wird deutlicher: Es wird von Migranten nicht nur erwartet, die Sprache zu lernen und

sich in den Arbeitsmarkt einzubringen, sondern sich auch von ihrer eigenen Kultur und Identität zu entfernen.

Ist die Einwanderung nach Polen ein neues Phänomen? Jahrelang sind wir selbst in den Westen ausgewandert.

In Polen trat das Phänomen der Einwanderung nach der Systemtransformation auf und hatte lange Zeit zirkulären Charakter, Migranten lebten nicht dauerhaft in Polen, und die meisten Zugezogenen stammten aus geografisch und kulturell nahegelegenen Ländern. Deshalb erkannte Polen lange Zeit keinen Bedarf, systematische Integrationspolitik einzuführen und umzusetzen. Noch vor kurzem war dieses Thema in der politischen Debatte nur rudimentär präsent.

Seit 2014 kamen immer mehr Menschen aus der Ukraine nach Polen und ließen sich hier dauerhaft nieder. Hinzu kamen andere Arbeitsmigrationen sowie die Migrationen im Zusammenhang mit der sogenannten Migrationskrise 2015 und später der humanitären Krise an der polnisch-belarusischen Grenze 2021. Im Jahr 2021 fand auch die Evakuierung afghanischer Geflüchteter statt, und Polen nahm etwa tausend Personen auf.

Im letzten Jahrzehnt wandelte sich Polen also allmählich zu einem Einwanderungsland. Erst der Ausbruch des umfassenden Krieges in der Ukraine und die schnelle Ankunft einer großen Zahl von Kriegsflüchtlingen führten jedoch dazu, dass der Staat Migranten und deren Unterstützungsbedarf stärker wahrnahm. Zunächst handelte es sich um ein krisenorientiertes Vorgehen, später erkannte man jedoch, dass systematische Lösungen notwendig sind, selbst bei einer kulturell ähnlichen Gruppe wie den Ukrainern.

Ein Beispiel dafür ist die kürzliche Einrichtung des Departements für soziale Integration im Ministerium für Familie, Arbeit und Sozialpolitik. Eine weitere Neuerung seit 2022 sind die Zentren für die Integration von Ausländern (CIC). Es werden also verschiedene Anstrengungen unternommen, um Migranten systematisch zu unterstützen, doch dies ist natürlich schwierig und begrenzt. Das Problem ist komplex, da die geopolitische und wirtschaftliche Lage kompliziert ist. Die Arbeit am Aufbau eines Integrationssystems in Polen wird zusätzlich durch die sich verschlechternden gesellschaftlichen Einstellungen gegenüber Migranten erschwert. Solche Einstellungen können auch die Motivation der Migranten im Integrationsprozess negativ beeinflussen.

Wenn die Atmosphäre rund um die Einwanderung negativ ist, fällt es Ausländern schwerer, sich zu integrieren?

Natürlich, denn Integration ist ein zweiseitiger Prozess. Damit Migranten sich integrieren können, sind nicht nur institutionelle und rechtliche Lösungen erforderlich. Entscheidend sind die Einstellungen in der aufnehmenden Gesellschaft.

Ziel der Integration ist das Eingehen sozialer Beziehungen. Wenn in der Gesellschaft Misstrauen, Angst oder Abschottung herrschen, wird der Anpassungs- und Integrationsprozess für Migranten stark erschwert. Selbst wenn sie die Sprache noch nicht gut beherrschen, können sie gesellschaftliche Stimmungen leicht wahrnehmen, sei es im Kontakt mit Polen oder in den Informationsmedien. Gerade die alltäglichen Reaktionen und Gespräche motivieren sie entweder zum Handeln oder entmutigen sie, Polnisch zu lernen oder Kontakte zu Polen zu suchen.

Ist die Einrichtung von Zentren für die Integration von Ausländern eine Antwort auf die Integrationsherausforderungen, von denen Sie sprechen?

Wenn es eigentlich keine anderen Lösungen gibt, sind die Zentren sehr notwendig. Die Idee eines allgemeinen Integrationssystems, das einem einzigen Ministerium untersteht, ist sinnvoll. Dass die meisten Dienstleistungen an einem Ort in Form eines Integrationszentrums gebündelt sind, erleichtert den

Ausländern vieles und ist funktional für öffentliche Institutionen. Dies ermöglicht eine Verbesserung und Standardisierung der Dienstleistungen, den Aufbau eines institutionellen Systems mit stabilerer Finanzierung und die Nutzung der Erfahrungen von NGOs und öffentlichen Einrichtungen, die zuvor Migranten unterstützt haben.

NGOs haben jahrelang diese Rolle der umfassenden Unterstützung übernommen, aber ihre Arbeit war projektbezogen, sie hatten meist keine stabile, mehrjährige Finanzierung und blieben daher stark eingeschränkt. Man kann jedoch eine gewisse Enttäuschung der NGOs erkennen, dass das Zentrum-System ohne volle Nutzung ihrer enormen Erfahrung aufgebaut wird. Oft wurden für die Einrichtung der Zentren Akteure ausgewählt, die Integrationsmaßnahmen durchführen sollten, die vor Ort bereits seit langem von Organisationen mit größerer Erfahrung realisiert wurden. Darüber hinaus haben die Zentren viele Gegner, da dieses Thema politisch genutzt wird. Häufig gibt es Desinformationen, nach denen die Zentren angeblich als Wohnorte dienen sollen. Einige Politiker mit extremistischen Ansichten lehnen die Zentren als Teil der Infrastruktur für Migranten ab, die ihrer Meinung nach überhaupt nicht in Polen existieren sollte. Neben den Problemen, die beim Aufbau neuer Strukturen oft unvermeidlich sind, haben wir also auch ein ungünstiges gesellschaftliches und politisches Klima.

Worin unterscheidet sich das Modell der polnischen Zentren von denen in Deutschland, Frankreich oder Schweden – Ländern mit deutlich mehr Migranten?

Es lohnt sich, damit zu beginnen, wozu die Zentren für die Integration von Ausländern (CIC) eigentlich dienen sollen. Sie sollen in erster Linie Polnischunterricht auf elementarem Niveau anbieten, als Informations-, Beratungs- und Orientierungsstelle fungieren, psychologische Betreuung für Kinder bereitstellen und Unterstützung bei Aufenthalts- und Arbeitslegalisierung leisten. Zu ihren Aufgaben gehört auch die Auseinandersetzung mit Problemen wie Gewalt und Menschenhandel sowie die Unterstützung von Lehrkräften und Verwaltungsmitarbeitern im Umgang mit Ausländern.

Darüber hinaus gibt es fakultative Angebote, wie psychologische Hilfe für Erwachsene, Polnischunterricht auf höherem Niveau, Beratung für Unternehmungsgründungen und Familienrecht, gesellschaftliche Aktivierung von Ausländern, materielle, medizinische und berufliche Unterstützung, kulturelle Angebote sowie die Förderung ausländischer Kinder in Schulen.

Ähnliche Maßnahmen wurden und werden auch in westlichen Ländern umgesetzt, etwa der Zugang zu kostenlosem Sprachunterricht oder rechtlicher Hilfe. Im portugiesischen Modell, auf dem die polnischen CICs laut einigen Angaben basieren, sind die Dienstleistungen jedoch stärker konsolidiert und an einem Ort verfügbar, als es in den zuvor genannten Ländern üblich war.

Geben die Zentren Antworten auf Integrationsprobleme von Migranten, die beispielsweise in Frankreich aufgetreten sind, wie die Ghettoisierung in großen Städten? Lernt Polen in irgendeiner Weise aus den Erfahrungen der westlichen Länder?

Polen ist bisher nicht von einer Ghettoisierung in Städten bedroht. Die Zentren werden sowohl in großen als auch in kleineren Städten, in verschiedenen Regionen des Landes, eingerichtet, was als Maßnahme zur Förderung der lokalen Integration von Migranten an unterschiedlichen Orten in Polen verstanden werden kann.

Der Prozess, dass sich Migranten an bestimmten Orten konzentrieren, ist komplex, aber in gewisser Weise auch natürlich. Migranten ziehen vor allem dorthin, wo es ihnen am einfachsten erscheint zu leben. Dies betrifft vor allem große Städte, in denen es einen entwickelten Arbeitsmarkt und ethnische Netzwerke gibt, die die Anpassung erleichtern.

Dort fühlen sie sich auch sicherer, da aus Studien bekannt ist, dass in den größten Städten ein höheres Maß an gesellschaftlicher Akzeptanz für verschiedene Arten von Andersartigkeit herrscht. Im Jahr 2005

habe ich eine Studie durchgeführt, die die Wohnverteilung von Migranten aus der Ukraine und Vietnam in Warschau kartierte. Damals lebten die Ukrainer in vielen Stadtteilen. Die vietnamesischen Migranten wohnten dagegen vor allem in der Nähe ihrer Arbeitsplätze, rund um Basare, Bars und Restaurants, zum Beispiel in Ochota. Eine Ghettoisierung im großen Stil gab es in Polen jedoch bisher nicht.

Haben Sie nicht den Eindruck, dass das Wort „Integration“ in Polen eine negative Bedeutung bekommen hat? In einer der Woiwodschaften wurde das Zentrum für die Integration von Ausländern sogar in Zentrum der Polnischen Kultur umbenannt.

Ich hätte nicht gedacht, dass ich plötzlich zur Verteidigerin des Begriffs „Integration“ werden würde, denn in den letzten gut zehn bis fünfzehn Jahren war ich eher eine Kritikerin dieses Begriffs, unter anderem durch die Entwicklung eines alternativen Konzepts der „Verankerung“. Das Wort „Integration“ war jedoch über Jahre hinweg fest in der polnischen öffentlichen Debatte verankert, und es schien, als würde sich daran nichts ändern.

Jetzt ist jedoch zu erkennen, dass die Integration in Polen zunehmend infrage gestellt wird und zwar von verschiedenen Seiten. Das Paradigma der Gegenseitigkeit wird geleugnet. Dass sich auch die aufnehmende Gesellschaft an Migranten anpassen muss und institutionelle Anpassungen notwendig sind. Integration setzt außerdem die Einbeziehung neuer Menschen in die Gesellschaft voraus, unter der Annahme, dass wir nicht homogen sein müssen, dass sich Gesellschaften verändern und dass wir die „Anderen“ aufnehmen sollten, ohne ihre Identität vollständig verändern zu wollen.

Hinzu kommt die mögliche Wahrnehmung von Integration als Stärkung von Prozessen, die die polnische Kultur schwächen könnten. Ihr Beispiel mit den Zentren der Polnischen Kultur veranschaulicht dies gut. Es geht dann nicht mehr darum, Menschen aus anderen Kulturen zu integrieren und Vielfalt zu akzeptieren, sondern eher darum, die polnische Kultur zu stärken. Ein solcher Schritt reagiert auf gesellschaftliche Ängste. So versuchte zum Beispiel die vorherige Regierung, die Integration von Ausländern eher als allgemeinen Aufbau eines Hilfesystems und Förderung gesellschaftlicher Kohärenz darzustellen, um die Menschen nicht gegen Migranten aufzubringen.

Warum sind Ihrer Meinung nach die negativen Erzählungen über die Integration von Ausländern in Polen so stark? Was führt dazu, dass Desinformationen über die Zentren auf so fruchtbaren Boden gefallen sind?

Ein allgemeines Gefühl der Unsicherheit, die geopolitische Instabilität und der Krieg in der Ukraine können als mögliche Ursachen für die wachsende Unruhe genannt werden. Hinzu kommt das Gefühl wirtschaftlicher Unsicherheit, aber auch Defizite in der Sozialpolitik des Staates, der Kult des Individualismus und des Unternehmertums, die Kommerzialisierung und Privatisierung nahezu aller Bereiche, auch der öffentlichen Dienstleistungen. Außerdem kann das Gefühl entstehen, mit Migranten um Arbeitsplätze, Gesundheitsversorgung oder Sozialleistungen konkurrieren zu müssen.

Seit 2022 haben sich zudem erhebliche demografische Veränderungen vollzogen. Laut Aufenthaltsstatistiken leben in Polen rund zwei Millionen Ausländer. Neben den bereits zuvor sichtbaren Gruppen, Bürgern der Ukraine, Belarus und Russland, kommen nun auch Menschen aus Ländern wie Georgien, Indien, der Türkei oder Usbekistan hinzu. Und zu all dem kommt die Politisierung des Themas. In einer Situation allgemeiner Unsicherheit, in der viele Menschen leben, lässt sich leider leicht Angst vor „den Anderen“ schüren.

Was kann man tun, um diese gesellschaftliche Angst zu verringern?

Man sollte Migranten gegenüber mit Offenheit begegnen. Es gilt, verlässliche Informationen zu verbreiten und in den Medien die Vielfalt der Migration zu zeigen. Unsere jüngste Studie hat gezeigt, dass Migranten in den Medien vor allem im Zusammenhang mit der Grenze oder mit Abschiebungen dargestellt werden.

Sie werden kaum im Kontext eines normalen Lebens, ihrer Leistungen oder ihres Beitrags zur Gesellschaft präsentiert.

Ein wichtiger Ort der Inklusion sollte auch die Schule sein, in der über Ausländer als vielfältige Gruppe gesprochen werden sollte, vor allem als Menschen, die in Polen ganz normal leben, hier arbeiten und soziale Beziehungen aufbauen wollen.

In Kanada hat sich ein inspirierendes Modell des Community Sponsorships entwickelt, in Polen als gesellschaftliche Patenschaft bezeichnet, dessen Entwicklung in Europa derzeit Gegenstand unserer Forschung ist. Dabei geht es darum, dass Flüchtlinge von Gruppen privater Personen im Rahmen einer öffentlich-privaten Partnerschaft unterstützt werden, als ergänzende Maßnahme zur staatlichen Hilfe. Eine Gruppe von Freiwilligen unterstützt eine Flüchtlingsfamilie in beruflichen und alltäglichen Angelegenheiten, hilft aber auch beim Aufbau sozialer Bindungen. Die Freiwilligen laden die Menschen zu sich und ihren Freunden ein und machen sie mit der lokalen Gemeinschaft bekannt.

Ein solcher Ansatz ermöglicht eine deutlich bessere und schnellere Integration. In Polen haben mehrere NGOs Pilotprojekte dieses Modells mit Unterstützung der Organisation Pathways International durchgeführt. Natürlich sollte dieses Modell durch eine umfassende staatliche Politik, die Aktivität öffentlicher Institutionen und die Unterstützung erfahrener sozialer Organisationen ergänzt werden. Diese Form der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen sollte komplementär zu anderen traditionellen staatlichen Programmen sein.

Zsfg.: AV

<https://kulturaliberalna.pl/2025/10/28/wiekszoszczudzoziemcow-stara-sie-w-polsce-zaadaptowac/>

**Wilmesaurisch - Sprache, gegen die ein Veto eingelegt wurde.
„Es ist komisch, Angst vor ein paar Dutzend Menschen zu haben“.
(Ein GESPRÄCH)**



Quelle: [Mateusz Mirys / OKO.PRESS](#)

Von **Stasia Budzisz**

Ob eine Sprache offiziell als „Sprache“ bezeichnet wird, ist eine rein politische Entscheidung. Die kleinste Sprache in Polen erhielt ein Veto des Präsidenten. Tiöma fum Dökter (Dr. Tymoteusz Król) Soziolinguist, Ethnologe und Assistenzprofessor am Institut für Slawistik der Polnischen Akademie der Wissenschaften wird von Stasia Budzisz interviewt

Stasia Budzisz: Mitte Oktober legte Präsident Karol Nawrocki sein Veto gegen eine Änderung des Gesetzes über nationale und ethnische Minderheiten und Regionalsprachen ein, die Wilmesaurisch als zweite Regionalsprache neben Kaschubisch aufgenommen hätte. Wilmesaurisch wird in Polen von etwa 30 Personen gesprochen, nach den Daten der letzten Volkszählung von 2021 gaben 85 Personen an, Wilmesaurisch zu kennen, und 10 Personen verwendeten die Sprache im häuslichen Bereich. Das ist eine wirklich kleine Minderheit und definitiv eine kleine Sprache. Warum hat Polen Angst vor Ihnen?

Dr. Tymoteusz Król: Meiner Meinung nach sollten wir nicht von Angst sprechen, sondern von Missachtung. Wir sind klein, wir haben keinen Einfluss, also werden wir leicht zum Schweigen gebracht. Während eine größere Gruppe zum Feind gemacht werden kann, sogar zum Staatsfeind, kann eine kleine Gruppe einfach ignoriert werden, als unpassend angesehen werden. Eine ähnliche Situation können wir im Fall von Schlesien beobachten, mit dem Unterschied, dass es sich um die größte Minderheit in Polen handelt und ein Veto des Präsidenten in ihrem Fall bis zu einem gewissen Grad mit Angst argumentiert

werden kann, aber sich vor ein paar Dutzend Menschen zu fürchten, ist sogar lustig, in der Tat ist es eine Art von Lachen durch Tränen.

Außerdem ist die Volkszählung meiner Meinung nach keine objektive Quelle für Informationen über die Anzahl der Minderheiten, insbesondere derjenigen, die in der Vergangenheit durch verschiedene Arten von Volkszählungen traumatisiert wurden. Und man sollte nicht vergessen, dass die Wilmesaurier nicht im Gesetz enthalten sind, sodass man „Wilmesaurisch“ nicht auswählen konnte, sondern diese Information mit mehreren Klicks manuell eingeben musste. Es sei auch daran erinnert, dass das Statistische Hauptamt die Version der Broschüren in Wilmesaurisch von seiner Website entfernt hat.

In der Begründung des Präsidenten wird sogar der Name „ethnolket“ anstelle von „ethnolekt“ verwendet. Dies ist wahrscheinlich ein Tippfehler, aber man muss zugeben, dass es in einem offiziellen Schreiben schlecht aussieht.

Die Begründung des Präsidenten enthielt auch Tippfehler wie „Wilmowice“ anstelle von „Wilamowice“. Für mich ist das auch ein Beweis dafür, dass wir missachtet und nicht ernst genommen werden.

Es ist nur, dass Sie über Wilmesaurisch in der Welt hören. Sie rühmen sich, dass Japaner und Australier es kennen. Es ist den Sprachwissenschaftlern nicht fremd. Warum also will der polnische Staat einen solchen Schatz nicht unter Schutz stellen?

Das Wilmesaurisch ist in der Welt der Sprachen so bekannt wie das Kaschubische, gerade weil es so klein ist. Zufälligerweise hört man in Polen zuerst von ihm. Manchmal nennen sie es zum Beispiel „Limanowa“. Sie können nicht einmal seinen Namen wiederholen.

In der Begründung des Präsidenten ist zu lesen, dass es sich bei Wilmesaurisch um einen Dialekt des Deutschen handelt, den einige Forscher als eine germanische Sprachvariante bezeichnen. Dies ist jedoch kein Argument. Auch das Englische ist eine germanische Sprachvariante, aber niemand nennt es einen Dialekt des Deutschen. Das Wilmesaurisch soll zur westgermanischen Gruppe gehören. Das ist genauso wahr wie die Tatsache, dass das Polnische zur westslawischen Gruppe gehört.

Es heißt auch, dass Wilamowice eine „deutsche Insel“ ist. Oder ist der Präsident dem kürzlich in Mode gekommenen Slogan gefolgt, zu dem auch eine Ausstellung über „unsere Jungs“ gehört, die zur Wehrmacht eingezogen wurden, eine „spezielle Agenda der deutschen Regierung“, die Polen zerstören will? Und Sie, die Wilamowianer, sind einfach eine versteckte deutsche Option?

Auch diese These kann leicht widerlegt werden. Wenn ich ein pro-deutscher Aktivist wäre, würde ich versuchen, Wilmesaurisch als Dialekt des Deutschen anerkennen zu lassen und wir würden vom polnischen Staat Geld bekommen, um Deutsch als nationale Minderheitensprache zu unterrichten. Das hätten wir schon seit 2005. Irgendwie will das aber keiner von uns, weil wir uns nicht als Deutsche betrachten und unsere Sprache nicht als deutsch.

In der Begründung heißt es auch, dass die Entscheidung, ob ein Ethnolekt eine Regionalsprache ist oder nicht, nicht in den Ermessensspielraum fällt und nicht politisch ist. Dies ist jedoch nicht wahr. Ob etwas als Sprache anerkannt wird oder nicht, ist eine rein politische Frage. Es gibt keine linguistischen Kriterien, die klar definieren, ob eine Sprache ein Dialekt oder eine vollwertige Sprache ist. Wie der Linguist Max Weinreich sagte: „Eine Sprache ist ein Dialekt, der eine Armee und eine Marine hat“..

Alle Kriterien, die darauf abzielen, zwischen Sprache und Dialekt zu unterscheiden, sind nicht objektiv. In der Regel wurden sie von jemandem geschaffen, der sie zu einem bestimmten Zeitpunkt zumindest für politische Zwecke benötigte. Die meisten Sprachen, wie wir sie kennen, werden sie vielleicht gar nicht

durchlaufen. Eine davon ist zum Beispiel die gegenseitige Verständigung. Nehmen wir das Tschechische und das Slowakische, so ist klar, dass sie sich so gut wie möglich verstehen, aber es sind zwei verschiedene Sprachen. Das Gleiche gilt für Polnisch und Tschechisch. Eine Sprache ist ein Dialekt, der einen politischen Hintergrund hat.

Es handelt sich also um eine rechtliche und politische Kategorie. Genauso verhält es sich mit einer Regionalsprache, deren Begriff in der Linguistik überhaupt nicht vorkommt. Es ist ein juristischer Begriff. Die Anerkennung einer Sprache als Regionalsprache und ihre Verankerung in einem Gesetz ist also eine rein politische und damit diskretionäre Entscheidung.

Auf Beschluss des Präsidenten wurde Wilmesaurisch nicht zu einem solchen. Dennoch bin ich froh, dass er vom Sejm und vom Senat anerkannt wurde. Wenn ich auf die Begründung zurückkomme, sehe ich darin aber noch mehr Widersprüche.

Welche?

Mir scheint, dass es sich um eine Zusammenstellung von Stellungnahmen handelt, die früher verfasst oder von der Kommission für nationale und ethnische Minderheiten in Auftrag gegeben wurden, oder von Dokumenten, die bisher vom Ministerium für Inneres und Verwaltung herausgegeben wurden. Darin zitiert er beispielsweise die Soziolinguistin Prof. Nicole Dołowy-Rybińska, den Ethnolinguisten Prof. Tomasz Wicherkiewicz oder den Germanisten Prof. Norbert Morcinek, die sich eindeutig für die Aufnahme von Wilmesaurisch in das Gesetz ausgesprochen haben. Der Präsident schrieb jedoch, dass es an wissenschaftlicher Forschung in der Soziolinguistik und Ethnolinguistik mangelt.

Welche Kriterien muss eine Sprache erfüllen, um den Regionalstatus zu erhalten?

Es gibt zwei Kriterien. Erstens: Sie muss traditionell von den Bürgern des Staates in seinem Hoheitsgebiet gesprochen werden, und sie sollten eine zahlenmäßig kleinere Gruppe als die übrige Bevölkerung dieses Staates darstellen. Und zweitens: Sie muss sich von der Amtssprache des Staates unterscheiden und darf keine der Dialekte oder Migrantensprachen sein. Wilmesaurisch erfüllt beide Bedingungen.

Lass uns vielleicht über die Sprache selbst sprechen. Hast du sie auf natürliche Weise gelernt?

Ja, obwohl in meinem Haus nicht Wilmesaurisch gesprochen wurde. Meine Mutter ist Schlesierin, mein Vater hat weitere Vorfahren aus Wilamowice, aber sie haben nicht „ewig“ hier gelebt. Sie sind wegen der Arbeit umgezogen, aber ich wurde bereits hier geboren. Ich hatte aber schon als Kind Kontakt, denn meine Betreuerin, die auch unsere nächste Nachbarin war, die ich immer „baba“ oder auf Wilamowisch „babcia“ nannte, weil sie für uns wie eine Familie war, sprach Wilmesaurisch. Am Anfang hatte sie nicht das Ziel, mir diese Sprache beizubringen, sie sprach sie einfach mit den Menschen in ihrer Umgebung. Manchmal vermischte sie die beiden Sprachen. So wuchs ich in einer zweisprachigen Umgebung auf. Und später war sie sehr glücklich, meine erste Lehrerin für diese Sprache zu sein.

Und in welcher Sprache denkst du?

In Wilmesaurisch. Mehr als das, ich habe sogar in der Schule mitgeschrieben, weil es für mich einfacher war.

Du bist die Person, die hinter seiner Wiederbelebung steht. Wie ist es dazu gekommen?

Ich begriff sehr schnell, dass diese Sprache vom Aussterben bedroht war. Ich war ein paar Jahre alt, als ich in einem Text von Tomasz Wicherkiewicz aus dem Jahr 2001 las, dass Wilmesaurisch im nächsten Jahrzehnt aussterben würde. Das war in den frühen 2000er Jahren. Ich war bereits dabei, eine Art

Wörterbuch in meinem Notizbuch anzulegen. Ich fragte meine Großmutter nach verschiedenen Wörtern oder ging mit ihr zu ihren Freunden und schrieb Dinge auf.

Zu Ostern 2004 kauften mir meine Eltern einen Kassettenrekorder. Also habe ich angefangen, die ältesten Menschen aufzunehmen. Es hat Jahre gedauert, aber ich habe es geschafft, über 2.000 Stunden Aufnahmen mit fast hundert Personen zu sammeln. Als zehn Jahre vergangen waren und ich bereits achtzehn war, schrieb ich Wicherkiewicz eine E-Mail, um ihm mitzuteilen, dass die von ihm festgelegte Zeit abgelaufen war und wir noch lebten. Er war sehr froh über seinen Fehler und engagierte sich für die Wiederbelebung von Wilmesaurisch.

Wie kann man eine Sprache wiederbeleben?

Die erste Säule ist die Dokumentation, d. h. die Aufzeichnungen. Am Anfang wollte ich so viel wie möglich dokumentieren, denn ich hielt den Tod unserer Sprache, so schrecklich er auch sein mag, für wahrscheinlich. Aber bald bin ich mit meinen Aktivitäten über die reine Dokumentation hinausgegangen. Das Wichtigste ist jedoch, dass die Sprache erhalten bleibt und sich weiterentwickelt. Die Sprache muss leben. Es gibt Fälle, in denen die Wiederbelebung gelungen ist, wie zum Beispiel auf der Isle of Man mit der Sprache Manx, die in den 1970er Jahren ausstarb und dann in den 1990er Jahren wieder auflebte. Wilmesaurisch wurde verwendet, aber wir dürfen nicht vergessen, dass es nach dem Zweiten Weltkrieg 1945 offiziell per Dekret verboten wurde. Wir haben es also mit einer unterbrochenen Weitergabe zwischen den Generationen zu tun und mit einer Situation, in der die Ältesten sprachen und die Jüngsten lernten. Und das ist uns auch gelungen.

Wie du erzählst und wenn ich mir die Zahlen anschau, habe ich das Gefühl, dass du dir das Ziel gesetzt hast, sie nicht sterben zu lassen und sie fast aus dem Grab zu ziehen. Wie hat das ausgesehen?

Ich habe mit 18 Jahren angefangen, meine Freunde zu unterrichten. Sie waren etwas jünger als ich, aber sie wollten es, weil sie es für wichtig hielten und es ihre Sprache war. Wir trafen uns bei uns zu Hause und irgendwie ging es immer weiter. Dann begannen auch jüngere Leute, sich dafür zu interessieren. Auch die Stadtverwaltung engagierte sich und stellte uns einen Raum zum Lernen zur Verfügung. Die Pandemie hat alles ein wenig durcheinander gebracht, weil wir in die virtuelle Welt umziehen mussten, aber jetzt treffen wir uns sowohl im Museum der Wilam-Kultur, das 2024 eröffnet wird, als auch online. Das Projekt ist fortlaufend und lebendig. Die Beweggründe waren unterschiedlich. Einige fanden die Sprache einfach interessant, andere wussten, dass ihre Großeltern Wilmesaurisch sprachen, und wollten wissen, wie es ist. Das ging so weit, dass die Enkelkinder anfangen, mit den Großeltern in ihrer eigenen Sprache zu sprechen, und die Eltern sie nicht verstanden. Es entstand eine andere Art der Verständigung, und die Senioren konnten aktiviert werden. Sie wurden einbezogen. Sie kamen zu unseren Veranstaltungen. Sie wollten teilnehmen, weil es in ihrer Sprache geschah.

Was sind die Gründe für das Sprachensterben?

Eine Sprache stirbt selten aus, weil alle ihre Sprecher sterben. Ja, das kommt manchmal vor, wenn zum Beispiel ein Vulkan oder eine Epidemie ausbricht und die gesamte Bevölkerung vernichtet. Wenn dann nur noch ein einziger Sprachbenutzer übrig ist, gilt die Sprache als ausgestorben, weil es niemanden mehr gibt, mit dem man sich verständigen kann. Dies ist jedoch ein äußerst seltenes Ereignis. Meistens sterben Sprachen als Folge von Verfolgung und Traumata aus.

Was haben die Wilamovianer erlebt?

Unsere Traumata sind denen von Schlesien, der Kaschubei oder von Minderheiten im Allgemeinen sehr ähnlich. Während des Zweiten Weltkriegs galten die Wilamower als Deutsche, was Konsequenzen hatte, wie die zwangsweise Eintragung in die Liste der deutschen Nationalität und die Einberufung zur

Wehrmacht. Nach dem Zweiten Weltkrieg durften wir offiziell nicht einmal in unseren Wohnungen Wilmesaurisch sprechen. Es kam vor, dass Menschen dafür geschlagen wurden, dass man sie mit Ziegeln bewarf, dass sie im Nachkriegslager Auschwitz inhaftiert wurden, dass man ihnen ihr Eigentum wegnahm. Die Beweggründe für die Verfolgung waren unterschiedlich. Einige davon waren natürlich darauf zurückzuführen, dass die Wilamower für Deutsche gehalten wurden, gegen die eine kollektive Verantwortung bestand, aber sie rührten auch von Ressentiments aus der Vorkriegszeit her. Die Wilamower waren ziemlich reiche Leute, sie waren in den Handel verwickelt, so dass es leicht war, sich nach dem Krieg an ihnen zu rächen. Ich weiß aus Erzählungen, dass Kinder, die nach dem Krieg nur Wilamowisch kannten, weil es zu Hause gesprochen wurde, in den Keller oder in den Schweinestall mit den Schweinen gesperrt wurden, damit sie nicht versehentlich Wilamowisch sprachen, denn die Familie könnte ein Problem bekommen, wenn ein örtlicher Beamter oder Spitzel es hörte.

Ich verstehe, dass es bei einer Unterbrechung der Weitergabe zwischen den Generationen Menschen gibt, die die Sprache passiv beherrschen: Sie verstehen, können aber nicht sprechen. Wie viele solcher Menschen gibt es?

In Wilamowice sind es etwa 200-300 Menschen. Das ist vor allem das Ergebnis eines Traumas. Wir sprechen also zwei Sprachen, ich Wilmesaurisch, sie Polnisch. Es gibt keinen Grund, die Kommunikation in einer Sprache zu forcieren. Warum, wenn man in mehreren Sprachen kommunizieren kann? Wir beziehen sie in unsere Aktivitäten ein. Wir wollen, dass die Wiederbelebung von Wilamowice mehrsprachig ist. Wir wollen, dass die Vermischung der Sprachen normal ist.

Als Andrzej Duda sein Veto gegen das gleiche Gesetz für Schlesien einlegte, stieß dies in der Kaschubei bei einigen Aktivisten, insbesondere bei den PiS-Mitgliedern, auf Zustimmung. Hast du von solchen Vorfällen in Ihrem Fall gehört?

Nein, aber ich denke auch, dass es das Ergebnis von Missachtung ist. Dennoch bin ich der Meinung, dass Wilmesaurisch die Kriterien erfüllt, um eine Regionalsprache zu werden und in das Gesetz aufgenommen werden sollte.

Was würde es für euch bedeuten?

Wir könnten zweisprachige Schilder an den Eingängen der Stadt aufstellen und sie in Büros aufhängen. Wir müssten noch nicht einmal alles ausschöpfen, was im Gesetz steht. In der Begründung des Bürgermeisters schreibt er, dass wir nicht das Lehrpersonal haben, um die Schüler auf das Wilmesaurisch-Abitur vorzubereiten. Aber brauchen wir überhaupt noch eine Matura in dieser Sprache? Es reicht zu lernen, und zwar nur in der Grundschule, weil es in Wilamowice nicht einmal ein Gymnasium gibt. Das Lernen allein ist für uns wichtig. Wenn jemand auf einem höheren Niveau lernen möchte, kann er einen Kurs belegen und eine Prüfung ablegen. Wenn wir über Schulgeld reden, ist das ja auch keine riesige Summe. Wir sprechen von drei Stunden pro Woche - zwei für die Sprache, eine für die Kultur. Die Lehrer werden im Laufe der Zeit ausgebildet worden sein. Das Kaschubische verfügte ja auch nicht über einen ganzen Kader von qualifizierten Leuten, als das Regionalsprachengesetz in Kraft trat. Sie waren gerade dabei, sich ausbilden zu lassen. Es gibt nichts Romantisches daran, dass jeder Schüler, der in den Wilmesaurisch-Unterricht kommt, mit großem Eifer weitermachen will. Das werden sie nicht. Aber es ist möglich, dass ein großer Teil von ihnen sich dafür interessiert, und vielleicht verspürt jemand den Wunsch, sich für die Entwicklung der Sprache einzusetzen. Das wäre bereits ein Erfolg. Das Geld, das uns nach dem Gesetz zustehen würde, würde zum Beispiel bei der Erstellung von Lehrbüchern und Lehrmitteln helfen. Ja, wir haben Lehrbücher, aber wir mussten uns um verschiedene Finanzierungsquellen bemühen. Sehr oft können wir keine ministeriellen Zuschüsse beantragen, weil wir von ihnen ausgeschlossen sind, da Wilmesaurisch weder als Regionalsprache noch als Variante des Polnischen gesetzlich geschützt ist. Dies würde viele Probleme lösen.

Symbolisch?

Erstens hätte dieses Gesetz selbst den 1945 erlassenen Erlass zum Verbot der Verwendung von Wilmesaurisch aufgehoben. Natürlich hat sich das Regime geändert, aber bis jetzt ist kein Dokument aufgetaucht, das dieses Nachkriegsverbot verurteilt. Es ist auch kein Dokument aufgetaucht, das anerkennt, dass die Wilamovianer nach dem Zweiten Weltkrieg zu Unrecht von Volkspolen verfolgt wurden. Nun, und es wäre eine Anerkennung, dass wir in Polen nicht fremd sind und dass unsere Sprache Teil des polnischen kulturellen, sprachlichen und historischen Erbes ist. Dass wir Teil der Gemeinschaft sind, die dieses Land und die Zivilgesellschaft ausmacht. Das wäre wichtig für uns.

Der Präsident und die PiS-Abgeordneten, die im Senat gegen die Anerkennung des Wilmesaurischen als Regionalsprache gestimmt haben, berufen sich oft auf die Traditionen der Zweiten Polnischen Republik, vergessen aber, dass dies weder ein einsprachiger noch ein monokultureller Staat war. In einer unverständlichen Analogie verkünden sie heute den Slogan „Polen zuerst“..

Das ist wahr. Für die Wilamower war es wichtig, dass unsere Aufführung in unserer Sprache in das polnische Theater in Warschau eingeladen wurde. Dass unsere Sprache dort gehört werden konnte. Und es waren nicht die Warschauer Schauspieler, die sich als Wilamowianer ausgaben, sondern wir selbst, die dort auftraten. Das war eine Veredelung. Eine Form der Wiedergutmachung und der Anerkennung. Ich muss zugeben, dass es für mich sehr wichtig war, in den Senat eingeladen zu werden. So konnte ich etwas in unserer Sprache sagen. Ich bin dort gut aufgenommen worden. Es war ein wirklich wichtiger Moment, dass ich sprechen konnte und dann ein Gedicht in meiner Sprache über meine Sprache vortragen konnte. Es ist für mich sehr wichtig, dass es durch den Senat und das Parlament gegangen ist. Ich dachte, wenn der Präsident sein Veto einlegt, würde es mir leid tun, dass er unserer Sprache keinen staatlichen Schutz gewähren wollte. Ich hatte eine gewisse Hoffnung, aber eigentlich hatte ich ein Veto erwartet.

Oder vielleicht gibt euch dieses Veto mehr Kraft, nicht aufzugeben.

So kann es wahrscheinlich funktionieren. Schließlich sind wir so lange ohne sie ausgekommen, dass wir auch jetzt damit zurechtkommen. Wir machen einfach weiter unser Ding. Das ist wie mit einem Garten, den ich gerne vergrößern würde. Nur weil mein Nachbar mir kein Stück seiner Parzelle verkaufen wollte, heißt das ja nicht, dass ich aufhöre, mich um das zu kümmern, was ich schon habe. Ich werde es weiterhin hegen und pflegen. Und vielleicht wird der Präsident eines Tages seine Meinung ändern.

Auszug aus einem Gedicht des Wilamer Dichters Florian Biesik aus dem Jahr 1922, vorgetragen im Senat:

O dü ółdy, łiwy śpröh
Wer kuza dejh inda nö
Dy byst mej wat wi giöld
Wer misa oũ andry łjyn
Oder dejh wela wer inda hjyn
Bocufs end fur welt

Ach du liebe alte Sprache
Wir sprechen dich immer noch
Du bist mehr wert als Geld
Wir müssen auch andere Sprachen lernen

Aber wir wollen dich hören
Bis zum Ende der Welt

Zsfg.: JP

<https://oko.press/wilamowski-jezyk-ktory-dostal-weto-zabawne-jest-sie-bac-kilkudziesieciu-osob-rozmowa>

ZITAT DER WOCHE



Quelle: [Orbán Viktor/X](#)

„Entweder im Arrest oder in Budapest“

Donald Tusk - über Zbigniew Ziobro

Quelle: <https://wyborcza.pl/7,75398,32367060,orban-przyjal-ziobre-polityczne-polowanie-na-czarownice.html#s=S.TD-K.C-B.1-L.1.duzy>

MEDIENSPIEGEL – IN DER DEUTSCHSPRACHIGEN PRESSE ÜBER POLEN

nordkurier.de

Wer in Polen gegen diese Regeln verstößt, muss mit empfindlichen Geldstrafen rechnen

<https://www.nordkurier.de/panorama/diese-dinge-in-polen-zu-fotografieren-kann-richtig-teuer-werden-4029528>

dw.com/de

Polen: Oppositionschef erklärt EU und Deutschland zum Gegner

<https://www.dw.com/de/polen-oppositionschef-jaroslaw-kaczynski-erkl%C3%A4rt-eu-und-deutschland-zum-gegner/a-74511332>

deutschlandfunk.de

Polen – Das Ende der „Bürgerplattform“ von Regierungschef Donald Tusk

<https://www.deutschlandfunk.de/polen-das-ende-der-buergerplattform-von-regierungschef-donald-tusk-100.html>

dw.com/de

Polen: Oppositionschef erklärt EU und Deutschland zum Gegner

<https://www.dw.com/de/polen-oppositionschef-jaroslaw-kaczynski-erkl%C3%A4rt-eu-und-deutschland-zum-gegner/a-74511332>

de.euronews.com

Polen warnt Ukrainer vor Rekrutierung durch russische Geheimdienste

<https://de.euronews.com/2025/10/28/polen-warnt-ukrainer-vor-rekrutierung-durch-russische-geheimdienste>

zeit.de

Polnische Kampffjets fangen russisches Militärflugzeug ab

<https://www.zeit.de/politik/ausland/2025-10/polnische-kampffjets-russisches-flugzeug-ostsee-gxe>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik

Layout: Małgorzata Nierhaus